



Berlin, den 06.05.2019

## **Beschluss der SPD-Landesgruppen Niedersachsen/Bremen im Deutschen Bundestag:**

Die Energiewende in Deutschland - und der damit verbundene Ausstieg aus der Kohleverstromung - stellen eine klimapolitisch notwendige Veränderung da. Gleichzeitig ist damit ein Strukturwandel in den Kohlerevieren verbunden.

Auf Grundlage dessen hat die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ einen gesellschaftlichen Konsens über einen Ausstiegspfad sowie notwendige Maßnahmen in den betroffenen Regionen formuliert. Wir, als SPD, sehen es als unseren politischen Auftrag, dass Klimaschutz sowie Erhalt und Schaffung von Arbeitsplätzen stets Hand in Hand gehen müssen. Das sind wir den ArbeitnehmerInnen und der Umwelt schuldig.

Eine Region, die von den Veränderungen dieses Strukturwandels betroffen ist, ist das Helmstedter Revier im Osten Niedersachsens, wo eines der ersten Braunkohlereviere im Rahmen der Energiewende still gelegt wurde. Als ehemaliges Zonenrandgebiet und als ländlicher Raum steht diese Region vor immensen strukturellen Herausforderungen.

Es ist daher aus unserer Sicht unvermeidbar, dass das Helmstedter Revier von der Projekt- und Strukturförderung des Bundes in nennenswerter Weise unterstützt wird. Diese Unterstützung ist notwendig, um weitere Strukturbrüche zu verhindern und den Strukturwandel verantwortlich zu gestalten. Es gilt, gute Perspektiven zu schaffen!

Im Landkreis Helmstedt sind die Folgen dieses Strukturwandels bereits deutlich spürbar. So liegen beispielsweise die Gewerbesteuererinnahmen bei lediglich 35 Prozent des bundesdeutschen Durchschnitts. Die Städte und Gemeinden haben Schwierigkeiten, die Pflichtleistungen zu erfüllen, geschweige denn in die Zukunft zu investieren. Hier besteht dringender Handlungsbedarf!

Die SPD-Landesgruppen Niedersachsen und Bremen im Deutschen Bundestag fordern deshalb vom federführenden Bundeswirtschaftsminister, das Helmstedter Revier mit ins Sofortprogramm der Braunkohleregionen, und auch in das Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen, aufzunehmen. Dabei ist das Revier mit konkreten Summen und einem Teil der ausgehandelten Mittel mit zu berücksichtigen. Eine bloße Nennung ohne konkrete Beträge ist nicht hinnehmbar. Die Bundesregierung insgesamt wird aufgefordert, dies zu unterstützen.